Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 18 / 749**

18. Wahlperiode Eingang: 19.10.2026

Antrag

des Abg. Udo Stein u. a. AfD

Situation regionaler Schlachtbetriebe

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sich die Anzahl regionaler Schlachtbetriebe in den letzten 10 Jahren entwickelt hat;

2. wie sich die Schlachtzahlen in den letzten 10 Jahren entwickelt haben (aufgeschlüsselt nach Tierart und Schlachtmenge);

3. welche Entfernungen ein durchschnittlicher Landwirt aus Baden-Württemberg bewältigen muss, um seine Tiere zum Schlachthof zu bringen (falls das nicht darstellbar ist, dann die maximalen Entfernungen laut vorhandener Daten in den jeweiligen Kommunen/Landkreisen angeben);

4. welche Maßnahmen die Landesregierung ergreift, um die benötigte Infrastruktur von heimischen Schlachthöfen zu erhalten;

5. wie sich die Einkommenssituation der Schlachthöfe in den letzten Jahren entwickelt hat;

6. über welche Schlachtkapazitäten die Betriebe verfügen und in welchem Umfang diese Kapazitäten tatsächlich ausgelastet werden;

7. wie hoch der Anteil der in Baden-Württemberg gehaltenen Schlachttiere ist, die innerhalb des Landes, in anderen Bundesländern beziehungsweise im Ausland geschlachtet werden;

8. in welchen Landkreisen nach Auffassung der Landesregierung Versorgungslücken bestehen oder eine besonders geringe Dichte an Schlachtmöglichkeiten besteht;

9. welche Bedeutung regionale Schlachtbetriebe für Metzgereien, Hofläden, Erzeugergemeinschaften, regionale Qualitätsprogramme und die Außer-Haus-Verpflegung haben;

10. wie sich Gebühren und sonstige Kosten der Schlachttier- und Fleischuntersuchung in den vergangenen zehn Jahren entwickelt haben und welche Unterschiede zwischen den Kommunen bestehen;

11. wie viele amtliche Tierärzte und Fachassistenten für Schlachttier- und Fleischuntersuchungen zur Verfügung stehen;

12. ob regionale Personalengpässe bestehen;

13. welche Erkenntnisse der Landesregierung über die wirtschaftliche Lage regionaler Schlachtbetriebe, insbesondere über Energie-, Personal-, Entsorgungs-, Dokumentations- und Kontrollkosten, vorliegen;

14. welche Möglichkeiten zur Einrichtung gemeinsamer Schlachtstätten von Kommunen, Landwirten, Metzgern oder Erzeugergemeinschaften bestehen und ob das Land entsprechende Kooperationsmodelle fördert;

15. welche Änderungen auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene die Landesregierung für erforderlich hält, um kleine und mittlere Schlachtbetriebe dauerhaft wirtschaftlich betreiben zu können.

08.10.2026

Stein, Eisenhut, Haug, Gerner, Boutakoglou, Grammel AfD

Begründung

Die Landwirtschaft befindet sich seit Jahren in einem tiefgreifenden Strukturwandel. „Wachsen oder weichen“ prägt die Entwicklung, eine Trendumkehr ist bislang nicht absehbar. Mit den landwirtschaftlichen Betrieben verschwinden zunehmend auch Verarbeitungsbetriebe im ländlichen Raum. Das verstärkt den Strukturwandel und schwächt die regionale Lebensmittelversorgung.

Besonders betroffen ist die Schlachtinfrastruktur. Kleine und mittlere Schlachtbetriebe sind für Tierhalter, Metzgereien, Direktvermarkter und regionale Wertschöpfungsketten von großer Bedeutung. Ihr Wegfall führt zu längeren Tiertransportwegen sowie höheren Kosten und trifft vor allem kleinere landwirtschaftliche Betriebe. Gleichzeitig stehen die Schlachtbetriebe selbst aufgrund steigender Energie-, Personal-, Untersuchungs- und Investitionskosten unter erheblichem Druck.

Ziel des Antrags ist es daher, die Entwicklung der Schlachtbetriebe und Schlachtkapazitäten in Baden-Württemberg darzustellen, regionale Versorgungslücken und deren Ursachen zu ermitteln sowie die bisherigen Unterstützungsmaßnahmen der Landesregierung zu bewerten. Zudem soll geklärt werden, mit welchen Maßnahmen eine dezentrale Schlachtinfrastruktur, kurze Transportwege und regionale Wertschöpfung dauerhaft gesichert werden können.